

Verkehrte Welten

Mit der sich immer deutlicher abzeichnenden Gründung der beiden deutschen Staaten Ende der 40er Jahre kam es auch zu einer politisch-ideologischen Aufteilung der Schriftsteller. Verließ die geistige Trennungslinie in der Weimarer Republik zwischen sozialistischen bzw. kommunistischen Autoren einerseits und konservativ-reaktionären andererseits, so verlief sie nun zwischen West- und Ostdeutschen. Daran änderten auch die gemeinsamen Lippenbekenntnisse auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongress nichts. Dies betraf zunächst vor allem ihre Nähe und Distanz zu der immer klarer werdenden Entwicklung einer doppelten Staatsgründung mit sich unvereinbar gegenüberstehenden antagonistischen politischen Systemen.ⁱ Doch während sich die meisten Schriftsteller in der SBZ/DDR mit der sowjetischen Besatzungsmacht und dem sozialistischen Staat unter der Führung der SED verbündeten, blieben die Kollegen in den westlichen Zonen und der Bundesrepublik in spürbarer Distanz zu der neuen Gesellschaftsordnung. Zwar garantierten beide Verfassungen die Freiheit der Kunst und Wissenschaft. Aber es war schon früh zu erkennen, dass dieses Recht in der DDR unter einem doppelten Vorbehalt stand: dem „gesunden Volksempfinden“ und einer der Form und dem Inhalt nach sozialistisch-realistischen Literatur.ⁱⁱ

Den Schriftstellern in der sowjetischen Besatzungszone galt die DDR als der „bessere“ deutsche Staat, weil er sich unmissverständlich zum Antifaschismus bekannte. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, bereits Anfang 1948 von öffentlicher Seite die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Vergangenheit einzustellen.ⁱⁱⁱ Erich Loest schilderte in seinem Lebenslauf „Durch die Erde ein Riss“, wie selbstverständlich, beinahe zwangsläufig, der Weg für ihn und für viele andere vom jungen Nazi zum Antifaschisten verlief, der in der SED seine neue politische Heimat fand. „Die Aufnahme in die SED dauerte eine Viertelstunde und war absolut unfeierlich, sie war ein selbstverständlicher Schritt nach anderen und vor anderen, sie kostete keine Überwindung und war ein formeller Akt.“^{iv}

Wie viele andere Intellektuelle wollte Loest sich für eine bessere, friedliche Zukunft einsetzen. Der Preis dafür, am sozialistischen Aufbau mitmachen zu dürfen, lag in einer bedingungslosen Wahrung der Parteidisziplin. Unmissverständlich forderten die Kulturfunktionäre den Primat der Politik gegenüber der Kultur und Wissenschaft ein. Noch vor der Staatsgründung mussten sie sich der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung unterordnen.^v Die nationalsozialistische Erfahrung hinderte die Schriftsteller jedoch nicht, sich diesem Diktat zu beugen. Sie glaubten an ihren volkspädagogischen Auftrag in einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Demgegenüber fürchteten die westdeutschen Schriftsteller mit dem Wiedererstarken der politischen Parteien und der Verabschiedung des Grundgesetzes eine Renazifizierung Westdeutschlands im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien als Bollwerk gegen den sowjetischen Kommunismus.^{vi} Nach den Weimarer Erfahrungen war ihr Vertrauen in den Parteienstaat gering. Daran änderte auch nichts, dass es mit der CDU und CSU zu zwei neu gegründeten Parteien gekommen war, die es zuvor noch nicht in ähnlicher Form in der Weimarer Republik gegeben hatte. Konrad Adenauer als erster Bundeskanzler nach der barbarischen Schreckensherrschaft und designierter Vorsitzender der CDU hatte sich zwar bereits 1946 in seiner Rede in der Kölner Universität, ähnlich wie Kurt Schumacher, von der SPD unmissverständlich zum Antitotalitarismus bekannt.^{vii}

Für Adenauer war der Nationalsozialismus „nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung des Wertes des Einzelmenschen“.^{viii} Dieses Bekenntnis änderte jedoch nichts daran, dass der junge westdeutsche Staat von vielen Intellektuellen in Adenauers Kanzlerschaft unter den Generalverdacht der Renazifizierung gestellt wurde. Das Grundgesetz, wenn auch als Provisorium geplant, fand wenig Beachtung, obwohl damit erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte die Grundrechte mit Art. 1-19 in besonderer Weise herausgestellt und in ihrem Wesensgehalt garantiert wurden. Sie bildeten die Grundlage für die Statik der neuen Verfassungsordnung.

Während der Demokratisierungsprozess in den westlichen Zonen mit den Wahlen in den Kommunen, der Länderparlamente und der Wahl zum ersten deutschen Bundestag langsam voranschritt, wurde eine vergleichbare Entwicklung in der SBZ/DDR von der sowjetischen Besatzungsmacht im Einvernehmen mit der SED blockiert. Mit der einsetzenden Stalinisierung im Zuge des Kalten Krieges wurden die ehemaligen Konzentrationslager bis Anfang der 50er Jahre als sowjetische Speziallager fortgeführt. Hier wurden nicht nur ehemalige Nazis, sondern auch Gegner des SED-Regimes ohne Prozess zu Tausenden weggesperrt. Viele starben. In Buchenwald, Fünfeichen und den anderen Lagern zeichnete es sich schon früh ab, dass die sowjetische Besatzungsmacht ein stalinistisches totalitäres System aufzubauen versuchte. Allerdings war Ende der 40er Jahre noch nicht eindeutig erkennbar, welchen Verlauf die Geschichte nehmen würde.

Analog galt dies auch für die Demokratisierung der Bundesrepublik. Vielfach sahen die Schriftsteller und Intellektuellen im Westen Deutschlands über die positiven politischen Entwicklungen zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung hinweg. Sie ignorierten sie, weil sie anders verlief, als sie es sich vorgestellt hatten. Umgekehrt rechtfertigten sie im Osten die wachsende Macht der SED. Dies geschah in der Überzeugung, dass der Kommunismus Deutschland eine bessere Zukunft eröffnen würde.

ⁱ Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 1982, S. 177-222.

ⁱⁱ Anton Ackermann, *Freiheit der Wissenschaft und Kunst*, in: Elimar Schubbe (Hg.), *Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED*, Stuttgart 1972, S. 55-56, hier S. 55.

ⁱⁱⁱ Vgl. Ch. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung* (wie Anm. 19), S. 84: „Im Februar 1948 erklärte die SMAD die Entnazifizierung als beendet.“

^{iv} Erich Loest, *Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf*, Frankfurt 1984, S. 126f.

^v Vgl. *Bekenntnis und Verpflichtung*, in: E. Schubbe (Hg.), *Dokumente* (wie Anm. 20), S. 91-93.

^{vi} Vgl. den Beitrag zu Thomas Manns Deutschlandbesuch 1949 „Gefährliche Ambiguität. Thomas Manns Deutschlandbilder im Goethejahr 1949“ in diesem Buch.

^{vii} Vgl. Konrad Adenauer, *Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität*, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Konrad Adenauer. Reden 1917 – 1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 82-106, s. bes. S. 85-87.

^{viii} Ebd., S. 86.